

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 58 (1978)
Heft: 9

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommentare

ANGST VOR DER ÖLPEST

Die Tankerkatastrophe vom 16. März 1978 vor der bretonischen Küste hat die Schiffahrt weltweit bewegt. Es hätte jedoch nicht der jüngsten Ölpest an den Stränden der Bretagne bedurft, um zu erkennen, dass sich die moderne Schiffahrt mit dem Umweltschutz mehr und mehr auf Kollisionskurs befindet. Vor dem liberianischen Tanker «Amoco Cadiz», aus dem sich rund 230 000 Tonnen Rohöl ins Meer ergossen, sind nämlich schon mehrere andere Tanker auseinandergebrochen, u. a. «Torrey Canyon», «Sansinea», «Argo Merchant» und als letzter der griechische Öltanker «Eleni V», der bei einem Schiffszusammenstoss vor der südostenglischen Küste im Mai dieses Jahres vom französischen Frachter «Roseline» entzweigeschnitten wurde.

Die «Torrey Canyon» strandete 1967 vor der Südwestküste Englands und machte die ungeheure Verschmutzungsgefahr in der Ära der Supertanker zum ersten Mal deutlich. Mehr als 100 000 Tonnen Öl flossen damals aus dem Wrack, verschmutzten die Strände und vernichteten die Fischbestände von Cornwall. Bis zur Katastrophe der «Amoco Cadiz» war dies der schwerste Fall von Ölverschmutzung durch ein Schiff. Aber auch die «Argo Merchant» und die «Sansinea» liessen aufhorchen. So erregte das Auflaufen des 28 000-Tonnen-Tankers «Argo Merchant» im Dezember 1976 vor der

amerikanischen Ostküste die Gemüter. Liberia registrierte Schiff brach in zwei Teile auseinander und verteilte seine schmierige Ladung über äusserst wertvolle Fischgründe. Zwei Tage darauf explodierte die «Sansinea» im Hafen von Los Angeles – auch dieser Tanker fuhr unter liberianischer Gefälligkeitsflagge, was natürlich dazu beitrug, den Ruf nach einer Verstärkung der minimalen Sicherheitsnormen und nach strikteren Vorschriften zu beschleunigen.

Während früher die Meeresverschmutzung zum grössten Teil vom Festland her stammte, droht heute zunehmend die Gefahr vom offenen Meer her. Um den langen Weg vom Persischen Golf nach Europa und Japan auf rationelle Weise zurückzulegen, werden heute Tanker von gigantischen Ausmassen gebaut. Die neuesten Exemplare fassen über eine halbe Million Bruttoregistertonnen und benötigen auf hoher See für das Bremsmanöver mehrere Kilometer. Heute ist es sogar schon möglich, Schiffe mit einer Million Bruttoregistertonnen zu bauen. Mittels schwimmender Bohrtürme wird aus der Nordsee, der Karibik und vor den Küsten Mexikos, Kaliforniens, Venezuelas und Malaysias Erdöl gefördert. Welche Gefahren in der «Off-shore»-Ölförderung lauern, hat unlängst die Havarie der Bohrinsel «Ekofisk» in der Nord-

see aufgezeigt, welche glücklicherweise schnell behoben werden konnte. in Nordamerika. Das 25 Jahre alte, in

Die Gefälligkeitsflaggen: Schrecken der Weltmeere

Die neuesten Tankerkatastrophen haben die Aufmerksamkeit wieder mehr auf die Länder gelenkt, welche Gefälligkeits- oder Billigflaggen anbieten. Internationale Konferenzen haben öfters auf die mangelnde Sicherheit an Bord solcher Schiffe hingewiesen, die steuerliche Vorteile mit spärlichen Sicherheitsvorschriften kombinieren. Was sind diese Gefälligkeits- oder Billigflaggen, unter denen zum Teil auch renommierte Gesellschaften ihre Handelsflotten registrieren lassen?

Die von einem britischen Untersuchungsausschuss über die Seeschiffahrt erarbeitete Definition hat heute internationale Geltung: Sechs Tatbestände sind allen Ländern, welche Billigflaggen anbieten, gemeinsam. Das Registrierland gestattet Kontrolle und Besitz von Handelsschiffen auch Bürgern anderer Staaten. Ein Schiff kann durch blosse Meldung in einem Konsulat im Ausland im betreffenden Eintragungsland registriert werden; zudem unterliegt die Umschreibung der Eintragung keinen spezifischen Beschränkungen. Einkommenssteuern für die registrierten Schiffe werden entweder überhaupt nicht erhoben oder liegen sehr niedrig. Eintragsgebühren und nach der Tonnage erhobene Jahresgebühren sind meistens die einzigen fiskalischen Belastungen. Das Registrierland ist oft ein Staat ohne jegliches politisches Gewicht; die recht niedrigen Gebühren auf einer sehr umfangreichen Tonnage erhöhen

das Volkseinkommen des Eintragungslandes in beträchtlichem Masse und verbessern zudem dessen Zahlungsbilanz. Schliesslich hat ein Billigflaggenland meist weder ein Interesse noch die Macht, verschärfte Vorschriften durchzusetzen.

Die Länder, die heute Gefälligkeitsflaggen anbieten, sind Costa Rica, Haiti, Honduras, Libanon, Liberia, Malta, Marokko, Panama, San Marino, Sierra Leone, Singapur, Somalia und nicht zuletzt auch Zypern. Allerdings sind heute nur die Flaggen von Liberia und Panama von internationaler Bedeutung. Ende 1977 umfasste die Welthandelsflotte gegen 394 Mio. Bruttoregistertonnen (BRT, gesamter Hohlraum eines Schiffes, inklusive Räume für Maschinen, Besatzung und Brennstoffbunker). Davon fuhren nicht weniger als 80 Mio. BRT – oder gut 20 Prozent – unter der Flagge des westafrikanischen Staates Liberia, der kaum 2 Mio. Einwohner aufweist und kurz vor dem Zweiten Weltkrieg noch kein einziges Schiff besass. Liberia ist heute zum Staat mit der grössten Handelsflotte avanciert. Mit seinen 80 Mio. BRT steht es noch vor Japan (45 Mio. BRT), Grossbritannien (35), Norwegen (30), Griechenland (27), der UdSSR (22), Panama (17), den Vereinigten Staaten (15) und Frankreich (12 Mio.). Galt früher noch Panama als Gefälligkeits-Flaggen-Land par excellence, dem sich die internationalen Gewerkschaften aus Sicherheitsgründen widersetzen, so steht heute Liberia im Schussfeld der Kritik.

Man kann jedoch nicht so weit gehen zu behaupten, dass bei den Reedern nur das Gewinnstreben im Vordergrund stand, welches sie dazu veranlasste, Schiffe unter Gefälligkeits-

flaggen zu registrieren. Denn oft trägt die Hauptschuld die Handels- und Steuerpolitik traditioneller Seefahrernationen, welche der zurzeit in einer extremen Konkurrenzsituation stehenden Weltseeschiffahrt die Steuerschraube stark andrehen und ihr selbst einen angemessenen Gewinn wegsteuern. So kann man sich nicht wundern, wenn die besten Kunden für Gefälligkeitsflaggen anbietende Länder traditionelle Seefahrernationen wie Griechenland, die Vereinigten Staaten und Italien sind. Die Schiffe aus diesen Ländern machen rund 70 Prozent der Billigflaggen-Flotten aus. Auch rund ein Dutzend Schiffe mit Schweizer Kapital fährt unter Liberia-Flagge.

Ansteigende Öltransporte zur See

Der dramatische Anstieg des Volumens der Ölexporte in den vergangenen Jahrzehnten hat entsprechend das statistische Risiko der Ölverschmutzung weiter anwachsen lassen. Zugleich ist die Anzahl der Rohöltransporte aus den Herkunftsregionen (vor allem aus dem Nahen Osten) gestiegen, denn der heute zu beobachtende Trend geht dahin, immer mehr Raffinerien in den Verbraucherländern statt in der Nähe der Ölquellen aufzubauen.

Noch 1954 wurden nur knapp 250 Mio. Tonnen Öl in Tankern transportiert; davon entfielen etwa 100 Mio. Tonnen auf Raffinerieprodukte und der Rest auf Rohöl. Seitdem haben die Ölbewegungen auf dem Meer bis 1975 jährlich um rund 10 Prozent zugenommen; dann fiel das Volumen gegenüber dem Vorjahr um 7,5 Prozent zurück. In den letzten 20 Jahren hat sich die Gesamtmenge des in Tankern ver-

ladenen Öls versiebenfacht, das Rohölvolumen sogar verzehnfacht.

*Tabelle 1. Öltransporte zur See
(in Mio. t)*

Jahr	Rohöl	Ölprodukte	Insgesamt
1954	150	100	250
1960	305	144	449
1965	566,5	180,5	747
1970	1033	230	1263
1974	1386,8	269	1655,8
1975	1272,9	234,7	1507,6

Andere Verschmutzungsquellen

Aus den verschiedensten Quellen fliesst heute Öl ins Meer. Eine von der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Vereinigten Staaten (US National Academy of Sciences) herausgegebene Tabelle stellt die Lage nach den Erhebungen für 1973 dar (Tabelle 2). Inzwischen dürfte sich die Situation kaum wesentlich verbessert haben.

Tabelle 2. Quellen der Ölverschmutzung

Quelle	Jährlicher Einfluss ins Meer 1973 (in Mio. t)
Schiffahrt	(2,133)
LOT-Tanker	0,31
Nicht-LOT-Tanker	0,77
Arbeit im Trockendock	0,25
Laden und Löschen	0,003
Auswaschen der Tanks	0,5
Tanker-Unfälle	0,2
Andere Unfälle	0,1
Bohrinseln	0,08
Ölraffinerien an der Küste	0,2
Industrieabfälle	0,3
Kommunale Abwässer	0,6
Flussverschmutzung (auch durch Freizeitboote)	1,6
Natürliches Einsickern	0,6
Regen	0,6
Insgesamt	6,113

Die Buchstaben LOT («load on top») bezeichnen eine Methode, bei der das beim Waschen der Ladetanks entstehende ölige Wasser getrennt, das Öl bis zur nächsten Ladung ausgesondert und ihr später wieder zugefügt werden kann. Ungefähr 80 Prozent aller Tanker benutzen heute dieses System, was zweifelsohne erheblich zur Einschränkung der «operationalen» Ölverschmutzung beigetragen hat. Sehr aufschlussreich ist die Tatsache, wie Tabelle 2 zeigt, dass rund ein Drittel aller Ölzuflüsse in die Meere auf die Schiffahrt zurückzuführen ist. Die Schiffe könnten also noch so perfekt ausgestattet sein und extremen Kontrollen unterliegen – dadurch allein würde die Ölverschmutzung der Meere noch nicht definitiv beendet sein; aber immerhin würde die Verseuchung in wesentlichem Ausmaße eingeschränkt.

Tanker mit neuen Dimensionen

Aufgrund internationaler Vereinbarungen werden Handelsschiffe nach Tonnen zu je 100 Kubikfuss vermesssen. Das Ergebnis ist die sogenannte Bruttoregistertonnen (BRT). Zieht man davon die Maschinenräume, Brennstoffbunker, Raum für Besatzung und dergleichen ab, so erhält man die Nettoregistertonnen (NRT). Bei Schiffen, die im Handelsverkehr eingesetzt sind – speziell bei Tankern –, erfolgt zusätzlich die Massangabe in tdw («tons dead weight»). Die entsprechende Ziffer bezeichnet die gesamte Tragfähigkeit des Schiffes in «long tons» zu 1016 kg, wenn die Beladung bis zur sogenannten Sommermarke erfolgt, wenn also der für die Sommermonate vorgesehene Tiefgang erreicht

ist. Um das eigentliche Ladungsgewicht zu ermitteln, muss man auch hier Bunker-, Wasservorräte und andere Reserven abziehen. Zwischen den Zahlen für tdw, BRT und NRT besteht keine feste Beziehung. Bei Tankern ist jedoch im allgemeinen die tdw-Zahl durchschnittlich 2,5mal so gross wie die NRT-Zahl. Andererseits kann man davon ausgehen, dass die Bruttoregistertonnen ungefähr zwei Drittel der «dead weight»-Tonnage beträgt.

Der 1973 erbaute Riesentanker «Amoco Cadiz», welcher im Frühjahr vor der bretonischen Küste auflief, hatte eine Nettoregistertonnen (NRT) von 91 000 t, eine Bruttoregistertonnen von 109 000 t und eine Tragfähigkeit von 233 690 «dead weight»-Tonnen (tdw). Damit gehört das Unglücksschiff nicht etwa zu den grössten Tankern der Welt, wie sie nach der jahrelangen Schliessung des Suezkanals zur Erzielung höherer Wirtschaftlichkeit für Öltransporte rund um das Kap der Guten Hoffnung aus dem Boden geschossen sind. Allein auf französischen Werften – in St-Nazaire zum Beispiel – sind seither Tanker von 550 000 tdw gebaut worden. Reeder und Ölgesellschaften fassen die unterschiedlichen Tankergrössen heute in folgende Gruppen zusammen:

Tabelle 3. Klassifizierung nach Tankergrössen

GP	General Purpose Einsatz in der Produktenfahrt 16 000 bis 25 000 tdw
MR	Medium Range Einsatz Produktenfahrt und Rohölverteilerverkehr im Küstenbereich 25 000 bis 45 000 tdw

LR I	Large Range I Einsatz überwiegend in der Rohölfahrt 45 000 bis 80 000 tdw
LR II	Large Range II Einsatz in der Rohölfahrt, aber auch Kombination Erz-/Öl-/Bulk-Carrier 80 000 bis 160 000 tdw
VLCC	Very Large Crude Carrier Einsatz in der Rohölfahrt 160 000 bis 250 000 tdw
ULCC	Ultra Large Crude Carrier Einsatz in der Rohölfahrt ab 250 000 tdw

Die Geschichte der Öltransporte zur See hatte im Jahre 1886 mit dem Urtyp der modernen Tanker, der «Glückauf», einem Schiff mit 3000 tdw, begonnen. Bis 1914 wuchs die Weltankertonnage auf rund 2 Mio. tdw, bis 1939 auf 17 Mio. tdw. Allein seit 1960 ist sie um über 400 Prozent auf rund 320 Mio. tdw gestiegen, in die sich über 3500 Schiffe teilen (Stand Ende 1976).

Heute entfallen über 50 Prozent der Weltankertonnage auf Tanker von über 300 Meter Länge mit einer Tragfähigkeit, die 200 000 tdw überschreitet. Sie repräsentieren 174 Mio. tdw, von denen rund 63 Mio. tdw Mineralölgesellschaften, aber über 111 Mio. tdw privaten Reedern gehören. 1960 stellten die Tanker 35 Prozent der gesamten Welthandelsflotte, heute sind es 54 Prozent von knapp 590 Mio. tdw (Stand Ende 1976). Infolge der Weltwirtschaftskrise waren Ende 1976 über 29 Mio. tdw der Weltankertonnage unterbeschäftigt und aufgelegt, darunter 100 Einheiten mit über 100 000 t Tragfähigkeit mit insgesamt nahezu 20 Mio. tdw. Gleichzeitig hatten aber die internationalen

Werften in ihren Auftragsbüchern gegen 300 Tanker mit zusammen über 35 Mio. tdw stehen, zur Ablieferung in den Jahren 1977–1980, was nicht ohne negative Einflüsse auf das Niveau der Frachtraten in der schon heute durch enorme Überkapazitäten gekennzeichneten Tankschiffahrt bleiben wird.

Was will die IMCO?

Die Zwischenstaatliche Beratende Seeschiffahrts-Organisation (Inter-Governmental Maritime Consultative Organization, eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen) begann im Februar 1978 in London eine Konferenz über die Sicherheit von Tankschiffen und die Verhinderung von Umweltverschmutzung noch vor der «Amoco Cadiz»-Havarie, jedoch schon im Zeichen scharfer Auseinandersetzungen zwischen den Mineralölgesellschaften, den wichtigsten Schiffahrtsnationen der Welt und den Vertretern jener Behörden, welche verstärkte Sicherheitsnormen und striktere Auflagen forderten. Im Juni wurde diese Konferenz weitergeführt.

Die Diskussion, welche schon anlässlich der Vorbereitungskonferenz der IMCO in den Vereinigten Staaten im Oktober 1977 eingesetzt hatte, führte zu harten Drohungen. Falls die internationale Gemeinschaft der seefahrenden Nationen (gemeinsam durch die IMCO oder jede für sich alleine) nicht bereit wäre, realistische Gesetze gegen die Meeresverschmutzung anzuwenden, würden die von der «Argo Merchant»- und «Sansinea»-Havarie aufgeschreckten Amerikaner zu einseitigen Abwehrmassnahmen schreiten. Die Tagesordnung der IMCO-

Konferenz umfasst folgende Vorschläge zur Verbesserung der Sicherheitsnormen:

- Getrennte Ballasttanks. Es handelt sich um eine der ursprünglichen Forderungen der Vereinigten Staaten, die verlangten, dass alle neuen und auch bereits bestehenden Tanker oberhalb einer bestimmten Kapazität ihre Tanks für die Aufnahme von Wasserballast von den Öltanks trennen, denn die Ölverschmutzung durch Schiffe lässt sich in die während der normalen Arbeit herbeigeführte Verschmutzung und die Verseuchung durch Unfälle unterteilen. Die einschlägige Praxis, bei welcher Supertanker auf Ballastfahrt Wasser bis zu 40 Prozent ihres Eigengewichtes führen, um die Manövriergängigkeit des Schiffes zu erhalten und zudem zu gewährleisten, dass die Schiffs-schrauben auch bei Seegang im Wasser bleiben, führt dazu, dass die getrennten Wassertanks rund ein Drittel des Öl-Ladevolumens ausmachen. Durch die konsequente Anwendung dieser Sicherheitsbestimmungen, gemäss welchen Wassertanks und Rohrsysteme nicht mehr mit Öl in Berührung kommen dürfen, könnte der «normale» Öl-abgang in erheblichem Ausmass reduziert werden.
- Auswaschen der Ölrückstände. Ein alternativer Vorschlag, der von manchen auch nur als zusätzliche Massnahme anerkannt würde, fordert von bestimmten Tankern die Verwendung eines spezifischen Verfahrens beim Auswaschen der Öl-rückstände in den Tanks. Die Vermischung von Öl und Wasser würde

damit zwar nicht völlig unterbunden, aber dennoch würde das Risiko «unabsichtlicher» Ölverluste auf hoher See und in den Häfen wesentlich eingeschränkt.

- Edelgas-Systeme. Ein weiterer Vorschlag läuft auf die Ausrüstung aller Tanker über 20 000 Tonnen mit Edelgas-Systemen hinaus, welche die Entstehung explosiver Gase in den Öltanks verhindern sollen.
- Trennung von Schiffskörper und Öltanks. Seit vielen Jahren wurden zudem in einigen Schiffsbauindustrien Stimmen laut, die immer wieder darauf hingewiesen haben, dass man Öltanks und Schiffskörper trennen sollte. Zu diesem Zwecke bieten sich verschiedene konstruktive Möglichkeiten an. Bereits heute gibt es Reeder und grosse Ölgesellschaften, die nur mehr Schiffe mit Doppelböden in ihrer Flotte fahren lassen. Andere propagieren einen doppelten Schiffskörper («double hull»). Verschiedene Lösungen, Tank und Schiffskörper zu trennen, sind denn heute auch bereits in Spezialtankern wie Flüssigschwe-fel- und Flüssiggastransportern ver-wirklicht.

Ausserdem steht zur Diskussion: die Gründung eines Seefahrts-Sicherheitskorps, das vorab die Dritte Welt mit Fachkenntnissen über Umweltschutz unterstützen soll; striktere Normen für die Inspektion aller Schiffe sowie die Installation von zwei voneinander unabhängigen Radarsystemen, um die Folgen menschlichen Versagens bei der Navigation so weit wie nur mög-lich einzudämmen. Ferner würden auch doppelte Maschinenanlagen so-wie doppelte Ruder und Schrauben

die bestehenden Risiken erheblich vermindern.

Weitere internationale Bemühungen

Neben der IMCO befasste sich bis heute eine Reihe anderer internationaler Organisationen mit den mit der Schiffahrt zusammenhängenden Problemen. Dabei gibt es eine ganze Reihe von internationalen Abkommen, die aber teilweise wirkungslos geblieben sind oder sich nicht direkt mit den Problemen der Ölverschmutzung durch die Schiffahrt befassen.

Der paritätische Seefahrtausschuss der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) in Genf setzt sich ausschliesslich aus Vertretern der Reeder und Schiffsleute zusammen. Er behandelt vorwiegend die Beschäftigungsbedingungen auf See und bereitet die ausschliesslich der Seeschiffahrt vorbehaltenen speziellen Tagungen der Internationalen Arbeitskonferenz vor. Die letzte Schiffahrtstagung der IAO fiel mit der 62. Internationalen Arbeitskonferenz zusammen und fand im Oktober 1976 statt.

Die Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen, deren siebente Runde im Frühjahr in Genf stattfand, befasst sich nur am Rande mit den Problemen der Schiffahrt. Sie redigierte bisher 45 Vertragsartikel über Umweltschutz und Verantwortlichkeit. Das eigentliche Ziel jedes der 158 Teilnehmerstaaten bleibt aber, ein möglichst grosses Stück vom Kuchen der Meeresschätze zu ergattern. Gleichzeitig müssen jedoch die Regierungen auch dafür sorgen, dass die Schiffahrtsgesellschaften oder Rohstoffprospektoren nicht die Fischbestände und den Tourismus zerstören.

Das Ei des Kolumbus hat die Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen noch nicht gefunden. Einmal müssen die Staaten entgegengesetzten Interessen Rechnung tragen: Zu strenge Gesetze zur Erhaltung der Umwelt würden die Schiffahrt teilweise lahmlegen. Umgekehrt wäre deren volle Freiheit der Umwelt nicht zuträglich. Zweitens ist die zurzeit in Ausarbeitung befindliche Seerechtskonvention ein Vertrag zwischen verschiedenen Staaten. Verpflichtungen können deshalb nur Regierungen auferlegt werden, nicht aber Reedern, Versicherungen oder Ölgesellschaften.

Würde das neue Seerecht in absehbarer Zeit zustande kommen, so wäre es in Sachen Umweltschutz dennoch nicht ganz nutzlos. Die Ausdehnung der nationalen Hoheitsgewässer von heute drei auf zwölf Seemeilen, mit einer anschliessenden «exklusiven Wirtschaftszone» von 188 Meilen, würde es den Küstenstaaten erlauben, ihre strengen Umweltschutzgesetze auf einer ausgedehnten Meeresfläche anzuwenden. Eine derartige Zone, wie sie gegenwärtig auch in Frankreich im Gespräch ist, hätte allerdings die «Amoco Cadiz»-Katastrophe nicht verhindern können. Deshalb empfiehlt sich ein Beschluss, der die Trennung von Tanks und Schiffskörper zur unabänderlichen Bedingung macht – und zwar bald. Denn die nächste Katastrophe kommt bestimmt!

Trotzdem sind die Bestrebungen der Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen positiv zu veranschlagen, welche den staatlichen Organen bis 200 Meilen von der Küste entfernt das Recht geben würden, ausländische Schiffe zu inspizieren, falls Zweifel an ihrer Seetüchtigkeit bestehen. Die Kü-

stenstaaten könnten demnach verlangen, dass alle Schiffe, die in ihren auf 200 Meilen ausgedehnten Hoheitsgewässern kreuzen, den von der Zwischenstaatlichen Beratenden Seeschiffahrts-Organisation erlassenen internationalen Normen entsprechen. Nach dem künftigen Seerecht dürften weiter Polizeiboote in der 200-Meilen-Zone sämtliche Schiffe zum Anhalten zwingen, wenn der Verdacht eines schweren Verstosses gegen die Sicherheitsbestimmungen oder gegen die Umweltschutzbestimmungen gegeben ist, wenn wesentlicher Sachschaden entstanden ist oder zu entstehen droht. Der Küstenstaat könnte dann ein Gerichtsverfahren gegen fehlbare Schiffe anstrengen und es bis zum Internationalen Gerichtshof in Den Haag weiterziehen oder an ein noch zu schaffendes, spezielles Seegerichtstribunal.

Andererseits müsste aber jeder beteiligte Staat die Verpflichtung eingehen, dass die unter seiner Flagge registrierten Schiffe dem internationalen Standard entsprechen. Möglicherweise würden die Länder mit Gefälligkeitsflaggen – allen voran Liberia und vielleicht auch Panama – der neuen UNO-Seerechtskonvention nicht beitreten oder dann die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen ignorieren. In diesem Falle würden sie aber in eine Zwickmühle kommen, weil ihre Schiffe für grosse Teile der Weltmeere praktisch ein Fahrverbot erhalten würden.

Schliesslich hat die Kommission der Europäischen Gemeinschaften nach der «Amoco Cadiz»-Havarie im April dieses Jahres eine Serie von Leitlinien auf dem Gebiet der Bekämpfung der Meeresverschmutzung gebilligt. Hierzu gehören:

- «Ein Aktionsprogramm auf dem Gebiet der Überwachung und der Eindämmung der Meeresverschmutzung durch Kohlenwasserstoffe und eine entsprechende Entschliessung.
- Ein Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den Abschluss des Protokolls zum Übereinkommen von Barcelona über den Schutz des Mittelmeers gegen Verschmutzung vom 16. Februar 1976 betreffend die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Verschmutzung durch Kohlenwasserstoffe und andere schädliche Substanzen in einer kritischen Situation.
- Eine Empfehlung für einen Beschluss des Rates betreffend die Aushandlung des Beitritts der Gemeinschaft zum Bonner Übereinkommen vom 9. Juni 1969 zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Ölverschmutzungen der Nordsee. Dieses Übereinkommen sieht insbesondere die gegenseitige Übermittlung von Informationen über die Bekämpfung der Meeresverschmutzung durch Kohlenwasserstoffe vor.
- Entwurf einer Entschliessung des Rates über die Ausdehnung der Hoheitsgewässer aller Mitgliedstaaten auf 12 Meilen. Die Wirksamkeit der Reglementierungs- und der Überwachungsmassnahmen gegen die Meeresverschmutzung, die die Mitgliedstaaten gegenüber den in ihren Hoheitsgewässern fahrenden Schiffen ergreifen können, hängt unmittelbar von der Ausdehnung der Gewässer ab, in denen diese Massnahmen durchgesetzt werden können. Die Kommission fordert daher alle Mitgliedstaaten, deren Hoheitsgewässer sich auf eine Zone

von weniger als 12 Meilen Breite erstrecken (alle ausser Frankreich und Italien), auf, ihre Hoheitsgewässer bis zu dieser Grenze auszudehnen.

— Sonstige Vorschläge betreffend Seetransporte: Die Kommission hat ferner beschlossen, dem Rat vorzuschlagen, dass die Gemeinschaft – insbesondere durch den Beitritt der Mitgliedstaaten zu mehreren internationalen Abkommen und Übereinkommen, die auf eine Verstärkung der Sicherheit der Schiffe durch Baunormen und Sozialvorschriften abzielen – so schnell als möglich eine Reihe weiterer Massnahmen für die Bekämpfung der Verschmutzung des Meeres infolge des Transports von Kohlenwasserstoffen ergreift.»

Ein Lichtblick?

Es bleibt zu hoffen, dass die Bestrebungen verschiedener internationaler

Organisationen wie etwa jene der hier beschriebenen, der IMCO (Inter-Governmental Maritime Consultative Organization), des paritätischen Seefahrt-ausschusses der Internationalen Arbeitsorganisation, der Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen sowie die neuen Leitlinien der Europäischen Gemeinschaften und anderer Organisationen so schnell wie nur möglich in Kraft treten und auf internationaler Ebene mit der nötigen Einsicht aller beteiligten Staaten zum Tragen kommen, damit die Schiffahrt, die Weltmeere sowie die kilometerlangen Küsten und die unersetzbaren Fischgründe in Zukunft von Katastrophen verschont bleiben können. Sollten wirklich alle beteiligten Nationen ernsthaft bestrebt sein, strenge Normen und ein Mindestmass an Sicherheitsvorschriften durchzusetzen, so wäre dies ein Lichtblick für die Zukunft.

Yves Sohrmann

DIE «NEUE PHILOSOPIE» ALS POLITIKUM

Als vor einem Jahr inmitten der fieberhaften Campagne électorale für ein paar Wochen das Schauspiel «Neue Philosophie» über die Bühne zog, drängte sich einem breiten Publikum und den vielen kritischen Beobachtern die Frage auf, von welchem politischen Lager aus dieser wirkungsvolle Auftritt inszeniert worden sei. Eine solche Fragestellung, die Philosophie mit Parteipolitik in Beziehung setzte, schien jedoch von vornherein unangebracht und ungereimt, enthielt aber in Anbetracht der politischen Konjunk-

tur eines der Elemente, das zur Erklärung der Neuheit und des grossen Echos der Bewegung innerhalb Frankreichs beitragen konnte. Von Anfang an mit «links» gestempelt, waren die Neuen Philosophen nicht vorgesehen auf dem Programm der intellektuellen und politischen Parteien. «Es ist frappierend festzustellen», schreibt Paul Guibert, «dass man ihnen, in einer ersten Phase der Auseinandersetzung, eher das Recht zum Wort bestrikt, als dass das Inhaltliche ihrer Aussagen diskutiert wurde.»

Zuerst nur das Tagesgespräch des 6. Arrondissement, sprengte das Ereignis die engen Grenzen des Pariser Provinzialismus. Die heftig entfesselte Polemik richtete sich denn anfänglich auch nur gegen die Form einer «philosophie-spectacle», gegen die Bilderstürmer der Ideologien, die mit Hilfe der Medien ihre Denkprodukte zu «Ausverkaufspreisen» verschleuderten.

Unbehagen gegenüber der «Politique politique»

Der Soziologe Edgar Morin diagnostizierte in einer Stellungnahme im *Nouvel Observateur* «le bruit et le message», unter der Oberfläche der Erscheinung — Marketing, Vedettariat, Medienoperation — das Tieferliegende der Bewegung. «Es wäre zu leicht», meinte er, «für die Verfechter des alten „Prêt-à-penser“ (der Marxismus) den Brennpunkt ihrer Aufmerksamkeit nur auf den „Néo-prêt-à-penser“ zu richten. Es hiesse wahrlich zu leicht vergessen, dass die von der sogenannten linken Ideologie für den geläufigen Verbrauch fabrizierte Hoffnung ebenso wormstichig sei wie die neue Hoffnungslosigkeit, von der sich für einige Zeit der elitäre Konsum nähren werde.» Morin hatte damit, mit der ihm eigenen Schärfe und Prägnanz, die beiden Pole gekennzeichnet, um die sich die Polemik kristallisierte. Die einen wollten in der mit dem Label «Neue Philosophie» versehenen Sache nichts anderes sehen als die kurzlebige Sensation eines Sommers, das von der Pariser Intelligenz in periodischen Abständen veranstaltete Schauspiel, die für eine kurze Saison verpasste intellektuelle Mode, die

andern nahmen in ihr das Moment einer tieferliegenden Erschütterung wahr. Die Polemik, die gerade nur diese Form der Mode- und Spektakel-Philosophie zum Motiv ihrer Angriffe machte, entschlug sich zu leicht der Frage, was dahinterliege, dass der Bewegung ein so phantastischer Erfolg zuteil wurde. Denn auch eine von Verlagshäusern und Medien noch so klug gelenkte Operation hätte nicht eine solche Wirkung ausgelöst, wenn nicht die Sache selbst einem weitverbreiteten Gefühl und einem wirklichen Bedürfnis entsprochen hätte. Die allgemein verbreitete Stimmung lässt sich fassen als ein Unbehagen gegenüber der «politique politique», ihrer Logomachie und ihrer Klischees und Sophismen, als ein Ekel an einer im linken Lager herrschenden geradezu religiösen Auffassung des Politischen. Der Politologe Maurice Duverger registrierte unlängst in «Le Monde» (vom 29. 6. 1978) diesen Tatbestand so: «La gauche française reste largement dominée par une vision quasi religieuse de la vie politique. Pour elle, le capitalisme est le mal en soi et le socialisme le bien en soi.» Wenn die «Neuen Philosophen» ein starkes Desengagement gegenüber dem Politischen manifestierten, dann muss gesehen werden, gegen welche Form des Politischen es sich artikulierte. Es ist gekennzeichnet als ein Protest gegen den manichäistischen Code der institutionalisierten Politik, gegen eine zum «illusorischen Theater» gewordene Politik. «Ce que nous réclamons» — äusserte sich Christian Jambet in einer Stellungnahme von «Le Monde» (27. 5. 1977) mit dem Titel «Jeunes philosophes contre la gauche?» — «c'est le droit de nous moquer du théâtre illusoire où la

gauche et la droite se répartissent les rôles et à poser à chacun, concrètement, la question de ce qu'il veut faire devant telle injustice, telle barbarie, pour telle liberté concrète.» Die «Neuen Philosophen» fanden Gehör, wenn sie gegen die zu Reflexen gewordenen Vorurteile und Klischees reagierten, die sich beispielsweise in Argumenten wie den folgenden ausdrücken: «Défendre les individus contre les pouvoirs, c'est être de droite!» oder «si tu n'es pas pour moi, tu fais le jeu de l'autre».

Ungenügen des linken Denkschemas

In keinem westlichen Lande stärker als in Frankreich hatte der Marxismus zur politischen und sozialen Theoriebildung beigetragen. Die Verdächtigung des Politischen kam einer Infragestellung des Marxismus gleich. Die «neuen Philosophen» hätten aber mit ihrer Marxismuskritik kein so breites Echo gefunden, wenn sie nicht von einer breitern Strömung getragen worden wären. Die «neuen Philosophen» hätten, so schrieb Maurice Duverger in «Le Monde» (10.6.1977), das Zurückfluten der grossen ideologischen Welle der Studentenkommune nicht hervorgerufen, sondern würden von ihm getragen, gleich wie sie vorher von ihr getragen worden seien. Nach dem Mai 1968 habe man sich an den Marxismus wie an einen Rettungsring geklammert, aber an einen zu einem summarischen und brutalen, endlos wiedergekäutem Katechismus reduzierten Marxismus, der zum Instrument eines geradezu unerträglichen Obskurantismus geworden sei. Die Reaktion gegen diese «Logo-

machie, der Ekel unter vielen Linksintellektuellen gegen diese Entfesselung einer trägen und anmassenden Dummheit, ist unausweichlich gewesen.» Zu ähnlicher Feststellung gelangte Edgar Morin (Nouvel Observateur, 27. 6. 1977): «Das radikale Problem, von dem alles ausging, ist dasjenige des radikalen Ungenügens eines sogenannten linken Denkschemas, das sich auf abgedroschene Begriffe eines in sich selbst verknöcherten Marxismus abstützt.» Diese unter Linksintellektuellen immer lauter werdende Kritik an einem zur Vulgata entarteten Marxismus konnte nur den Resonanzboden vorbereiten, von dem aus die Botschaft der «neuen Philosophen» einen so ungewöhnlichen Widerhall erzeugte. Die politische Analyse, die Edgar Morin innerhalb einer Artikelserie über die Mai-Ereignisse 1968 («Le Monde», 31.5.—2.6. 1978) dem Nach-Mai widmet, ist auch für eine Analyse des Phänomens «neue Philosophie» höchst aufschlussreich. Edgar Morin zeigt, wie dieser vulgarisierte Marxismus in alle Poren der politischen Meinungsbildung und des gesellschaftlichen Lebens eingedrungen ist und beinahe wie ein magisches Ritual die Geister in seinen Bann gezogen hat. Im Kielwasser des Nach-Mai gebe es eine Verbreitung (une dissémination) der offiziellen Ideologie von Mai 1968, die marxistische Vulgata; vom 13. Lebensjahr an spreche man nunmehr in den Lyzeen und Kollegien im Namen des Proletariates, man schwöre Klassenkampf und es sei als richtig anerkannt, dass die Quelle aller Übel der Kapitalismus sei ... Der vulgarisierte Marxismus diene als «passe-partout»-Beschreibung und -Erklärung. Er entspreche dem Bedürfnis

nach Kohärenz durch seinen Dogmatismus, dem Bedürfnis nach Totalität durch seinen Totalitarismus, dem Bedürfnis nach Gewissheit durch seine Anmassung, dem Bedürfnis nach Orientierung durch seinen Kompass, der den Norden nie verliere.

Jean-Claude Guillebaud zeichnet in einer brillanten und luziden Analyse — *Les Années Orphelines* 1968—1978 (Du Seuil, 1978) — ein Fresko der Jahre 1968—1978, worin er die Desillusionen seiner Generation, der Generation von Mai 1968, in grellen und ungeschminkten Akzenten zum Ausdruck bringt: «Une génération tout entière, la nôtre aura pu exercer une lucidité corrosive à l'égard de la pensée „bourgeoise“ tout en cédant collectivement à des réflexes parfaitements „magiques“ ... Car réécoutés à froid, nos grands débats d'avant-hier laissent transparaître tout un code mystique, un ensemble de références incantatoires, des mots „porteurs“ d'émotion insurrectionnelle; bref un grand rituel d'essence strictement religieuse. Notre humilité dévote devant les „luttes de masses“, notre adhésion précipitée au logos marxiste-léniniste, notre épouvante devant les incohérences de la „vie vivante“, nos reculs horrifiés devant tout concept „de droite“ (c'est-à-dire non marxiste), tout témoignait d'une disposition assez extraordinaire pour le sacré» (pp. 77—78). Dieses Eingeständnis dürfte dasjenige der vielen sein, die sich heute nicht nur vom marxistischen, sondern auch vom maoistischen Credo abwenden. Die Fahrt bis ans Ende der «maoistischen Sonne», bis ans Ende der «frenetischen Verblendung» war notwendig, damit einige «in der Enttäuschung und im Zusammenbruch ihres Glaubens

die radikale Infragestellung operierten» (Edgar Morin).

«Cité radieuse» und Gulag

Aus dem Vorausgehenden lässt sich verstehen, wie die «neue Philosophie» einen schon länger latent sich ankündigenden Umbruch, eine innere Krise des Marxismus katalysierte und zum Höhepunkt führte. Sie entsprach einem Klima, einer Stimmung der Zeit in ganz ähnlicher Weise, wie der Existentialismus vor 30 Jahren auf die Sensibilität der Epoche abgestimmt war. Dazu kam das konjunkturelle Moment des Wahljahrs. In einem Augenblick, da sich «der Sozialismus als einleuchtende französische Zukunft am Horizont abzeichnete», konnte niemand taube Ohren haben einem Diskurs gegenüber, der die «fürchterlichen Unvollkommenheiten, die in den sozialistischen Staaten am Werke sind, aufs genaueste analysierte» (Annie Kriegel, «Figaro» 19. 9. 1977). Diesmal konnten jene Stimmen nicht mehr marginalisiert und evakuiert werden, die den Glauben an die «Cité radieuse» von morgen mit den monströsen Tatsachen des Gulag konfrontierten. Zum ersten Mal in Frankreich drang vom linken Lager aus die Nachricht durch die Medienkanäle. Die Gegenattacken trugen eher dazu bei, das Echo des subversiven Zentrums zu verstärken als es zu zerstören und damit, wie Ilios Yannakakis (Nouvel Observateur, 24. 7. 1977) meinte, «die mittlere Intelligenzschicht (ungefähr 20 % der französischen Bevölkerung) vor der Fragestellung über den Gulag zu bewahren».

Bilanz einer Verblendung

Die «neuen Philosophen» erheben nicht den Anspruch, die Existenz der Konzentrationslager in der UdSSR zu enthüllen — die Enthüllung und die Theorie darüber finden sich bei Solzhenizyn und bei den andern Dissidenten vor und nach ihm —; die Frage, die sie — und unter ihnen vor allem André Glucksmann und Bernard-Henri Lévy — stellen, ist diejenige der Blindheit und Taubheit der Linken gegenüber dieser Botschaft und seiner Autoren. «Toute une génération» — heisst es bei Glucksmann in «La cuisinière et le mangeur d'hommes»¹ — «d'intellectuels européens a pudiquement fait silence sur les horreurs de l'URSS, acceptant tout juste de considérer ses prétendues ‚erreurs‘. Un mot malheureux de Sartre servit à justifier cette dérobade — il s'agissait, disait-on, de ne pas ‚désespérer Billancourt‘» (p. 208). Seit den Moskauer Prozessen von 1938 und den Analysen eines Souvarine, Kravschenko, einer Hannah Arendt konnte niemand sich mehr Illusionen machen über die bolschewistische Diktatur. Doch man wollte die Botschaft nicht zur Kenntnis nehmen. Die «Faszination» (R. Aron) von Frankreichs Intelligenz galt Russland, dem Vaterland des Sozialismus.

1952 publizierte J.-P. Sartre in «Les Temps modernes» den Anfang einer umfangreichen politischen Studie, in der er die revolutionäre Mission der sowjetischen Gesellschaft verteidigte. Als Albert Camus von den russischen Arbeitslagern sprach und auf der Publikation und Verurteilung bestand, fand Sartre sie zwar «unannehmbar», wollte aber darüber schweigen aus

Angst vor dem falschen Beifall, dem Beifall von seiten der Bourgeoisie. David Rousset, der zu einer internationalen Untersuchung über die sogenannten «Umerziehungslager» aufrief und offene Kritik an den Sowjetpraktiken übte, warf Sartre vor, sich zum Verbündeten des Kapitalismus und des Faschismus gemacht zu haben. Für die Redaktion der Zeitschrift «Les Temps modernes», die 1948 eine Analyse des Buches von Kravschenko, «J'ai choisi la liberté», veröffentlichte, war die UdSSR «mit ihren Fragen und Greueln ein Unternehmen, das eine Panne erlitten hatte».

Erst die Geheimrede Chruschtschews über die stalinistischen Verbrechen auf dem 20. Parteitag und das Drama von Budapest 1956 brachten eine Wende. Die Faszination, die der sowjetische Staat ausübte, war erschüttert, nicht aber die Faszination des Marxismus. Die institutionalisierte Linke weigerte sich hartnäckig, die Stimmen zu hören, die aus dem Osten kamen. Das Politbüro der KPF schwieg sich über die Monstrositäten der stalinistischen Diktatur aus. «Le Goulag n'existe pas, nul intellectuel de gauche ne l'ayant rencontré.» Mit dieser lapidaren Feststellung kennzeichnet Edgar Morin die Situation noch in den sechziger Jahren («Le Monde», 1. 6. 1978). Eine kürzliche Äußerung Eugène Ionescos in der Fernsehsendung «L'Homme en question» (23. 7. 1978) ist dafür ein sprechendes Zeugnis: «En 1967, à l'occasion du 50^e anniversaire de la Révolution d'octobre, j'avais écrit sur les crimes de l'URSS. On m'a traité de fasciste.»

Die Entschleierung des sowjetischen Mythos, das «endgültige Verlöschen der falschen Lichter aus dem

Osten und den Triumph der hässlichen konzentrationären Evidenzen» (J.-C. Guillebaud, op. cit. p. 25) brachte erst das Jahr 1974: das Erscheinen im Westen der sowjetischen Dissidenten, Solschenizyns Enthüllungen des Gulag-Systems. Von jetzt an war es nicht mehr möglich, die wahren Fragen zu umgehen, nicht mehr möglich, unter dem Vorwand, das «sozialistische Lager zu verraten» oder das «Spiel des Gegners zu spielen», «Grausames über das Grausame» zu denken. Was die früheren Enthüllungen eines Kravschenskos, Kriwitsky, Orlov über die sowjetische Despotie nicht vermochten, was Arthur Koestler, Ignazio Silone, Albert Camus über das Falschspiel und den Terror der stalinistischen Diktatur und das totalitäre Reich des Kommunismus vergebens der Welt verkündeten, Solschenizyn vermochte es hörbar zu machen.

Schonungslose Entschleierung

Das Neue, das durchbruchsvermittelnde Element, ist in der Tatsache zu sehen, dass der auf das Zeugnis der Dissidenten sich abstützende Diskurs der «neuen Philosophen» von der Linken aus kam, für die dieses Zeugnis bis jetzt unglaublich und unhörbar war. Die traditionelle Linke war für diese Botschaft undurchlässig und versuchte, ihre Stimmen zu überhören. Dies macht den gordischen Knotenpunkt der Argumentation von Glucksmann und Lévy aus: Die Wirklichkeit der Lager ist unzertrennlich verkettet mit dem Marxismus, nicht nur, weil dieser «Überzeugungen nährt, sondern den Willen, nicht zu sehen». «Il volatise le „fond“

qui permettrait de voir croître „de proche en proche“ l'univers concentrationnaire. Ce poison déjà présent dans la „vertu“, cet art de fermer les yeux, cette technique de l'aveuglement...» («La cuisinière et le mangeur d'hommes» p. 41). «Si le marxisme ne permettait pas de voir (ou permettait de ne pas voir) grandir la Kolyma (= die von Solschenizyn beschriebene sibirische Steinwüste), depuis les camps on a pu voir, sur cinquante ans d'affilée, un régime se gaver de proclamations marxistes, nourriture combien essentielle!» Und hier erreicht die Argumentation Glucksmanns ihre zwingende Logik: «La Kolyma constitue nécessairement un point de vue sur le marxisme» und das Ganze wird in die letzte Zielrichtung gedrängt, zur Frage, warum die Botschaft Solschenizyns im Westen so schlecht aufgenommen wurde: «Si Solschenizyn est mal reçu en Occident éclairé, ne serait-ce pas que nos féeries son-et-lumière sont vieilles d'un demi-siècle? Nous n'avons pas encore réfléchi sur ce qui fait du marxisme» und das Ganze wird in die et de sa raison d'Etat, et de son efficace, l'arme d'un empire.» Hätte Solschenizyns Nachricht über die Wirklichkeit der Lager nur wenige vermocht aus dem Schlummer und der Schlafwandlerei aufzuwecken vermocht?

Auch für Bernard-Henri Lévy war die Lektüre des «Archipel-Gulag» ein Schlüsselerlebnis, und er zieht aus ihr dieselbe Bilanz, die in dem Anathem gipfelt: «Il n'y a pas de ver dans le fruit, pas de péché tard venu, car le ver c'est le fruit et le péché c'est Marx» («La Barbarie à visage humain», p. 181). Das ist eine deutliche Aussage und Lévy stellt die Frage des «kolos-

salen Betruges», der es möglich machte, den Marxismus-Leninismus seit beinahe 50 Jahren ungestraft vor Kritik zu bewahren. «... un étrange privilège le retenait sur les cimes, pas un argument d'Histoire qui valût face à la doctorale autorité de sa doctrine.» Und in dem mit «Le Dante de notre temps» betitelten Kapitel seines Buches fährt der Autor fort: «C'est le mérite de Soljenitsyne que d'obliger à regarder. C'est la force de son texte que d'interdire l'aveuglement. Lumineux Archipel, qui prouve en lettres de sang que *le marxisme est aussi une police*» (p. 183).

Das Skandalöse der hier von Glucksmann und Lévy ausgesprochenen Sätze liegt in der schonungslosen Entschleierung der Abwehr- und Verweigerungsmechanismen, in Solschenizyns Berichten über den Gulag, das zu lesen, was in ihnen nicht isoliert ist: der Marxismus und die Lager: «Nos universités poursuivent avec une ferveur accrue le commentaire d'un marxisme retapé commun à Brejnew, Mao, Trotzky, etc. Professeurs et organisations se donnent pour tâche de relever des erreurs chez les uns ou les autres. Le marxisme essaime en groupuscules, chacun à sa façon repérant une „erreur“ comme clé des problèmes, et tous se le disputent. Voilà pourquoi l'Archipel Gulag ne satisfait personne, lui qui n'isole pas le marxisme des camps» («La Cuisinière et le mangeur d'hommes», p. 40). Das ist klar gesagt und sicher gezielt. Nichts lässt sich dem beifügen. Die Lektüre der Werke Solschenizyns war für Glucksmann wie für Lévy der Ausgangspunkt, die Schlüsselerfahrung, von der aus sie zu einer radikalen Infragestellung des Marxismus schritten.

Die «Meisterdenker»²

«La Cuisinière et le mangeur d'homme» war gleichsam die Bewegung einer Kritik von unten her, einer Kritik, die ausging von den Nachrichten Solschenizyns über den Widerstand der kleinen Leute, unbedeutender Intellektueller, Bauern, Arbeiter, Hausfrauen, Frauen überhaupt. In seinem Werk «Les Maîtres Penseurs» betrachtet Glucksmann die Fundierungselemente des Denkens von oben und steigt mit ihm hinunter in die Wirklichkeit, die es darstellt. Das Dispositiv, mit dem Glucksmann an die Meisterdenker herangeht, ist so angelegt, dass die Ideen, die er ihnen entnimmt, der Wirklichkeit, die sie (die Ideen) nachahmt, gleichen. Nicht dass die Fichte, Hegel, Marx und Nietzsche die KZs organisiert hätten, aber sie haben eine «Anzahl intellektueller Wege» gebahnt: «Den Kult der totalen und letzten Revolution, des Staates, der im Namen der Allgemeinheit Terror ausübt, der sozialen Wissenschaft, die sie in die Lage versetzt, die Massen gegen ihren Willen zu dirigieren.» «On ne peut reprocher aux maîtres penseurs d'avoir organisé les camps de concentration, mais plutôt de ne pas les avoir désorganisés à l'avance» (op. cit. p. 110).

Die fundamentale Frage, die Glucksmann «ohne Zweifel als erster stellt und die im Zentrum seines Buches steht», meint Michel Foucault (in *Nouvel Observateur*, 9. 5. 1977), sei die folgende: «Durch welches Meisterstück ist es der deutschen Philosophie gelungen, aus der Revolution das Versprechen eines wahren, eines guten Staates, und aus dem Staat die heitere und vollendete Form der Revolution

zu machen?» Der Betrug, den die deutschen Philosophen begangen hätten, liegt nach Glucksmann vor allem darin, dass in ihrer Idee der Revolution das Volk dem Staat assimiliert werde und dass es die Bestimmung der Revolution sei, eine neue Macht zu gebären, die wahrer und stärker sei als die alte. «Toute révolution passe pour une épreuve intégrale de souveraineté populaire où les masses ne s'affrontent qu'à elles-mêmes et aux circonstances, où la guerre millénaire qui les oppose aux ‚puissants de ce monde‘ se trouve tout à coup mise entre parenthèses» (M.-P. p. 143). Die revolutionäre Politik erscheint wesentlich als eine Politik der Integration des Volkes in die Macht; doch diese Macht wird an einen besonderen, von der Kollektivität unterschiedlichen Organismus delegiert, den rationalen Staat (cf. M.-P. p. 173). Aus dem konkreten Volk soll ein rationales Volk werden, die Freiheit des Volkes mit der Rationalität des Staates verknüpft werden. (Les Maîtres-Penseurs) «n'attendent qu'une chose: être écoutés-cela suppose en haut un Etat rationnel (existant ou à bâtir), en bas une plèbe éducable, c'est-à-dire virginal» (M.-P. p. 177). Die deutschen Philosophen seien in der Nachfolge der Französischen Revolution — «cette mise en orbite scientifique» (p. 138) — versessen gewesen, die Vernunft in die Geschichte einzuführen, Wissenschaft mit Revolution zu verkoppeln (copuler science et révolution, p. 134), Subjektivität und Moral in die Objektivität der universellen Wissenschaft einmünden zu lassen. «L'entrée de la révolution dans la science ... creuse une séparation continentale entre sciences de la nature et sciences de ... (sic) la culture;

la société? la civilisation? l'Esprit? l'homme? Divisant, elle met à l'ordre du jour la réunion, l'unité de la science qui n'aurait fait couler tant d'encre si elle n'avait à absorber une aussi formidable et nouvelle dérive» (M.-P. p. 137). Nach Glucksmann verfolgte die deutsche Philosophie das Projekt einer Neuzuteilung der Bereiche der Wissenschaft und der Beherrschung des sozialen und politischen Universums.

«Le livre de compte de la révolution»

Albert Camus hatte in «L'Homme révolté» in subtiler Analyse Themen entwickelt, die Glucksmann — freilich mit andern Anleihen durchsetzt — in seine Auseinandersetzung mit den «Meisterdenkern» aufnimmt. Im zentralen Teil des Camus'schen Essais, «La Révolte historique», wird gezeigt, wie seit zwei Jahrhunderten alle Versuche, die revolutionäre Hoffnung zu verwirklichen, gescheitert sind, ja zu Barbarei, Terror und Unterdrückung geführt haben. Am Anfang dieser Verkehrung des «für» in ein «gegen» steht die Verabsolutierung der Vernunft und in ihrer Folge die Reduktion des Menschen auf das «soziale und rationale Ich, Objekt des Kalküls», «au moi social, rationnel, objet de calcul» (L'Homme révolté, p. 293). Den Überzeugungen der Revolutionäre, erklärt Camus, liege eine Philosophie der Geschichte zugrunde, die Hegelsche Idee der Geschichte «als des Weltwerdens des Absoluten» und dieses Absoluten als Totalität. Diese Idee verdamme jede revolutionäre Politik in ihrem Wesen totalitär zu sein. «Plus radicale-

ment que Hegel, Marx détruit la transcendance de la raison et la précipite dans l'histoire. Elle était régulatrice avant eux, la voilà conquérante» (L'Homme révolté, pp. 247—48).

Die «Raison conquérante» sieht Glucksmann schon im Projekt Descartes' einer doppelten Beherrschung — einer «domination de la nature», einer «maîtrise de la morale» — sich ankündigen: «Descartes est le premier à énoncer méthodiquement le projet de domination du monde qui nous doit rendre ‚maîtres et possesseurs de la nature‘. Le premier, également, à formuler une morale par provision, c'est-à-dire provisoire, sous bénéfice d'inventaire, l'inventaire consistant à se donner l'assurance de sa raison: «tout mon dessein ne tendait qu'à m'assurer et à rejeter la terre mouvante et le sable pour trouver le roc . . .» (M.-P. p. 193). («Descartes hat als erster methodisch das Projekt einer Weltbeherrschung formuliert, das uns zu Herren und Besitzern der Natur machen soll. Er hat als erster ebenfalls eine Moral durch Voraussicht, d. h. eine provisorische, unter dem Vorbehalt einer späteren Überprüfung formuliert; die Überprüfung besteht darin, sich die Zusicherung ihrer Vernunft zu geben: ‚Mein ganzes Vorhaben zielte nur darauf ab, mich in der Sicherheit zu befestigen und die bewegliche Erde und den Sand zurückzuwerfen, um auf Felsen zu stossen‘.») Darin ist für Glucksmann schon im Keime angelegt, was im Diskurs der Maîtres-Penseurs sich in der Verflechtung und Ausweitung des doppelten Cartesianischen Projektes zur Wissenschaft der totalen Revolution ausgestaltet. «Le grand livre du Monde que feuilletait Descartes est devenu le livre de compte de la révo-

lution» (M.-P. p. 142). Die in der Französischen Revolution angestrebte Herrschaft über das soziale und politische Universum findet bei den Meisterdenkern seine letzte Ausgestaltung. «La Révolution française bouscule les traditions les plus ancrées et les préjugés les plus solides, toutes les fictions disparaissent devant la vérité, toutes les folies tombent devant la Raison» (Robespierre), elle met à l'ordre du jour la maîtrise de l'univers social et politique. Les situations semblent parfaitement parallèles et le jeune Fichte explique humblement (à mots couverts) à son vénéré maître Kant qu'il entend faire pour les sciences politiques ce que Kant fit pour les sciences de la nature: la délimitation (offensive) des pouvoirs de la raison dans ce domaine» (M.-P. p. 131). (Die Französische Revolution erschüttert die am meisten verankerten Traditionen und die solidesten Vorurteile, «alle Fiktionen verschwinden vor der Wahrheit, alle Wahnsinnigkeiten fallen vor der Vernunft» [Robespierre], sie macht die Beherrschung des sozialen und politischen Universums zur Tagesordnung. Die Situationen scheinen vollkommen parallel und bescheiden [mit verdeckten Worten], erklärt der junge Fichte seinem verehrten Meister Kant, dass er im Sinne habe, für die politischen Wissenschaften das zu tun, was Kant für die Wissenschaften der Natur getan habe: die [offensive] Abgrenzung der Mächte der Vernunft in diesem Bereich.) In dieser Annahme, das Wissen auch auf alle Bereiche des Menschlichen und Sozialen auszudehnen, demokratische Legitimität durch wissenschaftliche Legitimität zu ersetzen, liegen die Wurzeln der im 20. Jahrhundert zu Despotismus

und Totalitarismus entarteter Macht-systeme.

Glucksmann zeigt, wie mit Fichte und Hegel die Philosophie aufhört, Philosophie zu sein, um sich als Wissenschaft zu behaupten: «Tous (les maîtres-penseurs) ont estimé avec Fichte ,si le mot philosophie doit signifier quelque chose de précis, il ne peut désigner que la science', entendez leur science» (M.-P. p. 201). Diese Wissenschaft nähert Glucksmann dem an, was Heidegger «die Entfaltung der unbedingten Herrschaft der Metaphysik» nennt, als die planetare Bestimmung der Metaphysik im Wesen der Technik definiert, und Heideggers Konzeption interpretierend führt er aus: «Il fallait une humanité conforme à la vérité métaphysique de la technique moderne, c'est-à-dire qui se laisse totalement dominer par l'essence de la technique, afin de pouvoir de la sorte précisément diriger et utiliser elle-même les différents processus et possibilités techniques» (M.-P. p. 196). Von diesen Kernpunkten der Glucks-mannschen Analyse aus liessen sich die Verbindungslien ziehen zu den Thesen der «Kritischen Theorie» der Frankfurter Schule, besonders zu jenen Stellen der «Dialektik der Aufklärung», wo die technische Rationalität mit der Rationalität der Herrschaft, mit «dem Zwangscharakter der sich selbst entfremdeten Gesellschaft» identifiziert wird.

Revolte als Dissidenz

Was die «neue Philosophie» in noch direktere Verbindung mit «L'Homme révolté» setzt, ist die Thematik der Revolte selbst. In den Diskurs der «neuen

Philosophen», der sich als antitotalitär und antirevolutionär versteht, sind die Elemente einer Auffassung von Freiheit eingeflochten, die in den Formen einer Weigerung, einer Dissidenz ihren konkreten Ausdruck finden. A. Camus stellte der Logik der Revolution den Geist der Revolte entgegen und zeigte zugleich, wie dieser letztere vom revolutionären Denken beschlagnahmt wird, um ihn besser zu bekämpfen und zu beherrschen. «La révolution», schreibt er, «se propose d'abord de faire satisfaire l'esprit de révolte qui lui a donné naissance; elle s'oblige à le nier ensuite, pour mieux s'affirmer elle-même. Il y a, semble-t-il, une opposition entre le mouvement de la révolte et les acquisitions de la révolution» (cf. *Revolte et révolution*, pp. 302—309). Der Geist der Revolte liegt im «Willen nicht über sich ergehen zu lassen», «la volonté de ne pas subir». Die bei Camus als individueller Widerstand gegen die Unterdrückung konzipierte Revolte manifestiert sich bei den «neuen Philosophen» in Formen der Dissidenz, Rebellion gegen das «Ideal des Staates in unsren Köpfen» (B.-H. Lévy), Widerstand gegen die Bedrohung durch die Barbarei. Wenn B.-H. Lévy die Lösung des Widerstandes gegen die Barbarei lanciert, beruft er sich auf die Camus'sche Moral, auf Positionen, die Camus in «Ni bourreaux, ni victimes» (1948) als Alternativen zwischen einer absoluten Utopie, an deren Ende Tyrannie steht, und einer relativen Utopie, «plus modeste et moins ruineuse» formulierte.

Im Mai 1968 hatten «die Mauern das Wort ergriffen», in der glühen-den Entfesselung der Einbildungskraft und der Wörter, anonymer Ausdruck einer noch undeutlich gefühlten Wirk-

lichkeit. Die Ekstase ohne Taktik und Programm artikulierte sich im Bruch gegenüber den Theorien, die das Subjekt liquidierten. Es kündigte sich in diesem Aspekt der Revolte von Mai 1968 die Rückkehr zu einer neuen Subjektivität an. Das existentielle Erbe von Mai 1968 lässt bei den «neuen Philosophen» vor allem in diesem Ergrifffen des nun nicht mehr anonymen, sondern des persönlichen und singulären Wortes seine auffallendste Wirkung zutage treten. Dieser Diskurs in der ersten Person muss als neu und anmassend empfunden werden in einer Zeit, in der das dominierende Denken durch die Entleerung und Entthronung des Subjektes gekennzeichnet ist. Was A. Camus die «petite voix de la ré-

volte» nennt, drückt sich im Diskurs der «neuen Philosophen» als eine Explosion des Wortes aus, als die «parole à la première personne, d'un „je“ modeste et arrogant à la fois, d'une pensée „dissidente“ au propre sens du terme» (B.-H. Lévy). Es kann sein, dass diese Rückkehr zum Singulären und Subjektiven das Ende, das Erschöpfen der rationalen Mythen markiert und sich ein neues Denken Wege schafft, das den Menschen in seiner unzurückführbaren Differenz und Singularität ernstnimmt.

Franz Stirnimann

¹ Deutsch bei Wagenbach, Berlin.

² Deutsch bei Rowohlt, Reinbek.

JAMES UND MEAD IN WINTERTHUR

1970 und 1973 fanden im *Archiv für genetische Philosophie* in Winterthur auf Initiative von W. R. Corti hin und in einem Haus an der Römerstrasse, das wie kaum eine andere Stätte die Atmosphäre zum Philosophieren im Sinne des sokratischen, von akademischem Imponiergehabe freien Fragens vorgibt, Seminare über amerikanische Philosophie statt, deren Beiträge, mehrheitlich von Teilnehmern aus Amerika, jetzt in zwei handlichen Bänden vorliegen¹. Diesen Tagungen über William James und George Herbert Mead waren 1966 und 1968 solche über Ch. S. Peirce, J. Dewey, C. I. Lewis vorausgegangen. Abseits der offiziellen Philosophie in der Schweiz ist so in Winterthur eine Rezeption amerikanischer Philosophie in Gang gekommen, während K.-O. Apel und andere in Deutschland eine neue Beschäfti-

gung mit dem Pragmatismus einleiteten. Max Scheler kommt das Verdienst zu, in «Erkenntnis und Arbeit» 1926 die erste grössere Analyse der pragmatischen Philosophie im deutschsprachigen Raum vorgelegt zu haben, ihr ein relatives Recht zubilligend, sie jedoch als hinreichende Begründung aller Erkenntnis ablehnend. Doch bis in jüngster Zeit überwogen Klischeevorstellungen utilitaristischer und behavioristischer Art (wahr bzw. gut ist, was mir nützt), welche gewisse Pragmatisten durch popularisierende Versionen ihrer Lehren selber verschuldet haben (Peirce hat deshalb seinen an Kants Transzendentalphilosophie, an neuer Logik und Sprachtheorie orientierten Ansatz am Ende «Pragmatismus» genannt), das Bemühen um eine Integration der fruchtbaren Thesen. Nachdem aber das pragmatische Mo-

tiv der Erkenntnis in der Existenzphilosophie, in der Philosophie der Alltagssprache (Wittgenstein II), in der dialektischen Philosophie der Frankfurter, in der «neueren Wissenschaftstheorie» (Kuhn, Toulmin, Lakatos, Feyerabend) kräftig zur Geltung gebracht wurde, besinnt man sich nun auch vermehrt auf dessen Herkunft. Im Dienste einer solchen Aufarbeitung standen die internationalen Winterthurer Seminare.

Charakteristisch für die Philosophie von James und Mead war die breite Fragestellung, welche biologische, psychologische, soziologische, pädagogische Forschungen einschloss. Solche Weite des Hinblicks, die Diskussion metaphysischer, ethischer, semantischer Fragen unter Berücksichtigung natur- und sozialwissenschaftlicher Aspekte, galt lange als suspekt. Nach einer Zeit disziplinärer Separiertheit bemüht man sich heute aber wieder um interdisziplinäre Zusammenschau, um die alle Einzelforschungen durchziehenden Probleme, Methoden, Verantwortlichkeiten. Mit Blick auf die neuen Erkenntnisse der Wissenschaften konnten die absolutistischen Antworten der traditionellen Philosophie nicht mehr genügen. Ein Empfinden für *Entwicklung* der Erkenntnis (analog demjenigen für *Geschichte* in Europa) stellte sich im amerikanischen Pragmatismus ein. Davon waren Wissen und Wahrheit genau so betroffen wie Natur und Sozietät. Man suchte nicht länger in einem separierten «Geist» in Form von «Ideen» oder «Wesenheiten» unveränderliche Orientierungspunkte, sondern man liess sich ein mit der Praxis, der Wahrnehmung, der Entscheidung, also mit den Mechanismen der konkreten Wissens-

gewinnung, mit der Technik des Machbaren und Gestaltbaren. Wissen und Sollen bekamen vom Können her ihre Bestimmtheit. Das aber brachte dem *genetischen Ansatz* die Missverständnisse des Relativismus, Utilitarismus, Naturalismus ein, die er selber nicht immer hinreichend abzuwehren vermochte. James, der ja auch das Phänomen des Glaubens aufzuwerten wusste, verstand seine Position als «radikalen Empirismus». Als Empirie galt ihm aber noch nicht jene kümmerlich-verkürzte Erfahrungsbasis sinnlich-technischer Verifikation, die dem Neopositivismus bzw. dem Logischen Empirismus anfänglich genügte. Auch war sie noch nicht auf das mechanische Reiz-Reaktions-Schema des späteren Skimmerschen Behaviorismus reduziert worden. Alle Weisen der natürlichen und wissenschaftlichen Erfahrbarkeit in Geschichte und Gesellschaft waren als «empirische» zugelassen.

Verständlich, dass jetzt z. B. *Zeit* anders als in der Tradition gedacht wurde. Von der Erfahrung her ergibt sich die «Schein gegenwart» diskreter Zeitmomente (Jetztpunkte), Produkte der Konzeptualisierung, während Zeit vielmehr als Kontinuum oder Fluss (flux) erscheint. Wie einst Augustinus und in diesem Jahrhundert erneut die Phänomenologie, aber um kosmologische Kategorien erweitert, weiss James «Gegenwart» von den Horizonten «Vergangenheit» und «Zukunft» durchsetzt, um diese «gedehnt» und auf Sozialität bezogen. Die Relativitätstheorie von Einstein lieferte die kosmologische Formulierung davon.

Desgleichen erfährt der Begriff der *Kausalität* eine erweiterte, «Potentialität» und «Kontrafaktivität» durchaus einschliessende Deutung. Gegen Posi-

tivismus und Determinismus, obwohl zum Teil in der Natur, durch Physiologie und Psychologie bestätigt, verteidigt James ein «offenes» Universum und eine freie, selbstursächliche Bestimmung des Menschen. «Real effectual causation», darin gipfelt seine kontroverse Auffassung, «*is just what we feel it to be*».

Die grosse Bedeutung der Sozialität (sociality) zeigt sich auch bei der Bestimmung des *Wahrheitsbegriffs*. Der soziale und prozessuale Gesichtspunkt macht es nämlich unmöglich, der Korrespondenztheorie der Wahrheit der Empiristen oder der Kohärenztheorie der Wahrheit der Rationalisten einfach zu folgen. Der pragmatische Ansatz vereinigt Elemente beider Theorien. Da wird z. B. gesagt: «*True ideas are those that we can assimilate, validate, corroborate, and verify.*» Und: «*Truth happens to an idea. It becomes true, is made true by events. Its verity is in fact an event, a process, the process, namely of its verifying itself, its veri-fication. Its validity is the process of its validation.*» Hier wird also abgerückt von der Vorstellung, Wahrheit sei eine feste Eigenschaft von Ideen. Sie wird aber auch nicht einfach auf logische Konsistenz zurückgeführt. Vielmehr wird sie vom Prozess einer Verifizierung abhängig gedacht, wobei aber nicht nur eine Methode der Verifikation (wie später bei Carnap), sondern ein Pluralismus der Verfahren möglich war. Bertrand Russell bedachte jedoch diesen prozessuellen Wahrheitsbegriff mit dem Schimpfnamen «Transatlantik Truth».

Welche Konsequenzen aus einem solchen Ansatz für *Ethik*, *Religion* und *Erziehung* erwuchsen, welche Bedeutung der Konstitution von «Selbst»,

«*Akt*», «*Intersubjektivität*» usw. dabei zukam, wird in fundierten Einzelstudien des Winterthurer James-Bandes dargelegt. Mehr an der Pragmatik als an der Logik des Wissens interessiert, ist James stets mit einem hohen Ethos angetreten, das seine utilitaristischen Verzerrungen auch überleben wird.

Noch stärker als bei James tritt bei Mead der Gedanke der «*Sozialität*» in den Vordergrund. Er stellt diesen auch nicht mehr nur psychologisch, sondern bereits auch linguistisch dar. Anfänglich durch Royce dem Hegelianismus zugeneigt, vollzog er bald eine radikale Hinwendung zu den Naturwissenschaften und erhob, vom Darwinismus nahegelegt, den sozialen Anpassungsprozess zum naturalistischen Apriori seines ganzen Philosophierens. Das Fundament eines Anpassungsprozesses ist in den biologischen Notwendigkeiten (Ernährung, Verteidigung, Fortpflanzung) gelegt. Zum biologischen Mechanismus gehören aber bereits auch Gesten und Lautbekundungen (z. B. das Glucken einer Henne), deren Bedeutung in einem andern Verhalten (z. B. Versammeln der Kückchen) liegt. Im Laufe der Evolution wurde nun beim Menschen das eigene Verhalten als Teil eines sozialen Aktes bewusst und die Antwort ebenfalls mittels einer Geste, der Sprachgeste (signifikantes Symbol), möglich. Damit ist keine Ursprungstheorie einer bestimmten Sprachgestalt gegeben, jedoch «*Sprache*» als soziales Phänomen in den Dienst des Überlebens gestellt.

Wann aber bildet sich im überlebensbedingten, artspezifischen Sozialitätsgeschehen ein «*Selbst*» heraus, das sich seiner sozialen Rolle auch

noch bewusst wird? Sicher, ein isoliertes «Selbst» im Sinne einer realen Entität der Seele kennt Mead nicht. Das «Selbst» ist nur das jeweilige Verständnis des Sozialisierungsprozesses, «Intelligenz» nur eine Funktion der Überwindung von Hindernissen. Dennoch: die Idee einer sozialen Genesis des «Selbst» impliziert, dass *entweder* «Geist» schon am Anfang in der Entwicklung drin ist, was die Genese zu einer blossen Auswicklung degradiert, *oder* die spezifische, um sich selbst wissende Geistigkeit (= Sozialität) einmal ganz neu auftaucht, genuin aufspringt, was aber den fundamentalen Gesichtspunkt der durchgehenden Sozialisierung erschüttert.

Ähnliche Schwierigkeiten begegnen uns auch bei der Erklärung der *Intersubjektivität*: ein sich bildendes «Selbst» hat nämlich den individuellen Anderen, von dem es sich absetzt, schon voraus, und die Dissoziation im «Selbst» von «Ich» (= kreative Komponente, Akteur) und «Mich» (= soziale Komponente, generalisierter Anderer) setzt den sozialen Verbund, den sie erklären möchte, nochmals schlicht voraus. «Sozialität» ist bei Mead ein Apriori, kein empirischer Befund. In dem der soziale Akt (z. B. der Sprache) in Phasen aufgeteilt und gesagt wird, die Bedeutung einer Phase eines sozialen Aktes (Geste, Laut) sei eine andere Phase dieses Aktes (Antwort), beobachtbar am eigenen Verhalten, postuliert man schon, welches die Phasen eines Aktes sind, damit also Sozialität oder Intersubjektivität, was man doch erst begründen wollte. Der Verdacht, auf diesem Wege nur Gewohnheiten stillschweigend gerechtfertigt zu haben, ist nicht abzuweisen.

Meads Akttheorie («The unit of

existence is the act, not the moment») vermag Sozialität also nicht hinlänglich zu begründen. Von seinem «sozialen Behaviorismus» gingen aber Impulse aus, welche sich in der Semiotik seines Schülers Ch. W. Morris, in der extremen Behavioristik von B. F. Skinner, in der Sprachtheorie von W.V. Quine niederschlugen. Auch noch die Sprechakt-Theorie steht in dieser weiteren Einflussphäre. Bei J. Searle heisst es apodiktisch: «Die Grundeinheit der sprachlichen Kommunikation ist nicht, wie allgemein angenommen wurde, das Symbol, das Wort oder der Satz, oder auch das Symbol-, Wort- oder Satzzeichen, sondern die Produktion oder Hervorbringung des Symbols oder Wortes oder Satzes im Vollzug des Sprechaktes.» Dass Meads Sozialitäts-Ansatz so verschiedener Aufnahme und zum Teil Weiterführung fähig war, zeugt auch noch von seiner inneren Unbestimmtheit. Er lehnte es z. B. ab, den sozialen Prozess allein mit der Methode von «Trial-and-Error» zu erklären. Er liess in ihm Intuition, Phantasie, Freiheit, ein offenes, kreatives, neue Bedeutungen schaffendes «Leben» walten.

Die gestische Interpretation der Sprache sieht die *Universalien* aus dem sozialen Prozess der Anpassung entstehen. Sprachgesten (Wörter, signifikative Symbole) evozieren Antworten (Bedeutungen), welche von allen Teilnehmern einer Sprachgruppe geteilt werden. Das Reiz-Reaktions-Schema ist hier also um ein Moment institutionalisierter Partizipation erweitert. Identität der Reaktion auf ein Zeichen verbürgt dessen Universalität. Der Stimulus ist partikular (als aktueller), die Antwort aber sprach-

gemeinschaftlich universal. Wiederum: das erklärt nichts, beschreibt nur einen Vorgang. Wie die Sprach-Institutionen, wenn man die Universalien einmal so nennen darf, entstehen, diese Genese müsste man zeigen, nicht blass behaupten, auch, wieso die Sprachgemeinschaft weiterhin ständig lernfähig, veränderungswillig bleibt, bedürfte einer Erklärung.

In differenzierten Textanalysen geben die beiden Winterthurer Seminar-Bände genauen Aufschluss über diese und weitere Themen, Entwicklungen, Probleme, auch über die Persönlichkeiten, Werke, Literatur. Im Zuge der gegenwärtigen historischen Aufarbeitung der Philosophie des Pragmatismus, die noch die jüngste Wende «von der Logik zur Prag-

matik» in der Philosophie dokumentiert, leisten sie sehr wertvolle Dienste. Eine Einleitung und ein Nachwort des Herausgebers und Initiators W. R. Corti orientieren darüber, dass es sich bei diesen Seminaren um Aktivitäten einer «Akademie für ethische Forschung» handelt, welcher es um die Verantwortung des Wissens zu tun ist. Das mit den amerikanischen Pragmatisten begonnene Gespräch stellt einen beachtenswerten Anfang dar.

Paul Good

¹ W. R. Corti (Hg.), *The Philosophy of William James*. Meiner-Verlag Hamburg 1976 (397 S.) und (ders.) *The Philosophy of George Herbert Mead*. Amriswiler Bücherei 1973 (261 S.).

EUROPA-ARCHIV

Zeitschrift für internationale Politik
Begründet von Wilhelm Cornides

Die im 32. Jahrgang erscheinende Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik enthält neben Beiträgen und Berichten eine ausführliche Dokumentation, eine anotierte Bibliographie zu Fragen der internationalen Politik sowie eine Chronologie des politischen Geschehens.

Aus dem Inhalt der letzten Folgen:

- | | |
|---------------------|---|
| Rudolf Herlit | Der Dollarschock: seine Folgen und die Aussichten zu ihrer Überwindung |
| Helga Haftendorn | Der internationale Rüstungstransfer. Motive, Folgen und Kontrollmöglichkeiten |
| Fritz René Allemann | Wir wirksam ist Terrorismus? |
| Jeff Bradford | Das politische Engagement der «Grünen Gruppen» in Frankreich
Die Rolle der Umweltschutz-Bewegung während der jüngsten Wahlen |

Preis für das Jahresabonnement (24 Folgen einschliesslich ausführlichem Sach- und Personenregister): DM 115.— zuzüglich Porto. Probehefte auf Wunsch kostenlos.

Verlag für Internationale Politik GmbH

D - 53 Bonn, Stockenstrasse 1-5, Postfach 1529